



Presseerklärung 17.02.2006

Erwerbslosen Forum Deutschland  
c/o Martin Behrsing  
Schickgasse 3  
53117 Bonn  
Ruf 0228 249 55 94  
Fax 01805 039000 3946

- Pressemeldung
- Redemanuskript (Martin Behrsing) Bitte beachten Sie den Sperrvermerks der Rede. 18.02.2005 14:00 Uhr. Es gilt das gesprochene Wort

Presseerklärung des „Erwerbslosen Forum Deutschland“ und dem „Aktionsbündnis Sozialproteste“

## **Demonstration gegen Zwangsumzüge und Wohnraumzerstörung in Köln als Auftakt der Sozialen Proteste gegen die große Koalition**

Zahlreiche Erwerbsloseninitiativen rufen ebenfalls zur Teilnahme an der vom Anti-Hartz-Bündnis-NRW initiierten Demonstration gegen Zwangsumzüge und Wohnraumzerstörung.

**Köln/Bonn. Zu der am 18.02.2006 geplanten Demonstration werden zahlreiche Teilnehmer aus NRW und dem Bundesgebiet erwartet. Zur Demonstration des Anti-Hartz-Bündnisses-NRW rufen inzwischen zahlreiche Erwerbsloseninitiativen auf. Dazu zählen auch das Erwerbslosen Forum Deutschland und das Aktionsbündnis Sozialproteste. Schon jetzt wird deutlich, dass dies nicht nur eine Demonstration gegen Zwangsumzüge und Wohnraumzerstörung ist. Angesichts der heute im Bundestag gefassten Beschlüsse wird mit einer Zunahme von Protestveranstaltungen gerechnet. Auch richtet sich der Zorn vieler Teilnehmer gegen die Kommunen, die Ein-Euro-Jobber als Streikbrecher missbrauchen, wie heute aus Osnabrück bekannt wurde. Dort wurde mit Polizeigewalt dafür gesorgt, dass Ein-Euro-Jobber die Müllwagen der streikenden Kollegen fahren.**

Scharfe Kritik übte das Erwerbslosen Forum Deutschland an Andreas Stein, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbands Baden-Württemberg ein. Dieser hatte den Einsatz der Ein-Euro-Jobber als Streikbrecher als legitimes Mittel verteidigt und sagte, wenn den Kommunen vor das Schienbein getreten werde, müsse man sich mit Schienbeinschützer schützen. „Für uns ist dies ein Missbrauch schlimmsten Ausmaßes. Hier wird ganz unverhohlen gegen geltendes Recht verstoßen. Wir raten allen Ein-Euro-Jobbern, die als Streikbrecher zwangsverpflichtet wurden, arbeitsgerichtlichen Lohn einzuklagen“, sagte Martin Behrsing, Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland. Für das Erwerbslosen Forum Deutschland und dem Aktionsbündnis Sozialproteste ist die Kölner Demo eine von vielen Protestveranstaltungen, die am 03.06.06 in einer bundesweiten Großdemonstration münden soll.

Infos zu der Demo:

12.00 Uhr Auftaktkundgebung auf der Domplatte (direkt neben dem Kölner Hauptbahnhof); 12.30 Uhr Demo über Alter Markt / Heumarkt / Deutzer Brücke durch die Deutzer Freiheit, vorbei am Geburtshaus von August Bebel, mit einer Zwischenkundgebung am Technischen Rathaus, dann zum Barmer Viertel; ca. 14.00 Uhr Beginn der Abschlußkundgebung mit den Redebeiträgen auf dem Barmer Platz; Ende der Demo gegen 15 Uhr.

Es sprechen:



## Presseerklärung 17.02.2006

Roswitha Müller von der Kölner Montagsdemo-Initiative;  
Christa Schliebs von der Kölner Montagsdemo-Initiative;  
Martin Behrsing vom "Erwerbslosen Forum Deutschland"  
Karl-Heinz Strohmeier, engagierter Mitstreiter gegen Hartz IV;  
Gunnar vom Anti-Hartz-Bündnis NRW.

Im Kulturprogramm treten auf die "Magic Street Voices"!

Weitere Infos erhalten Sie unter: <http://www.erwerbslosenforum.de> und  
Foto Martin Behrsing, Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland :  
<http://www.erwerbslosenforum.de/images/behrsing.jpg>

### Pressekontakt

Erwerbslosen Forum Deutschland	Ruf: 0228 2495594
Martin Behrsing	Mobil: 0160 99278357
Schickgasse 3	Fax: 01805 039000 3946
53117 Bonn	<a href="mailto:redaktion@erwerbslosenforum.de">redaktion@erwerbslosenforum.de</a>
	<a href="http://www.erwerbslosenforum.de">http://www.erwerbslosenforum.de</a>

Redemanuskript: Abschlusskundgebung 18.02.2006 Köln

Sperrvermerk 18.02.2006, 14:00 Uhr

Liebe Freunde,

ich begrüße alle die, die noch Arbeit haben und die Unternehmer unter Ihnen, die bereit sind, soziale Verantwortung zu übernehmen aber staatlicherseits im Stich gelassen wurden. Lassen Sie mich heute auch besonders die Erwerbslosen, Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger begrüßen, die durch die Politik der Bundesregierung weit an den untersten Rand der Gesellschaft gedrängt wurden und durch die große Koalition gestern (17.02.2006) weiter entrechtet wurden. Wir sind entsetzt über die Mittel mit denen in Deutschland demokratische Prozesse ausgehebelt werden. Im Schnelldurchgang werden vollendete Tatsachen geschaffen und Menschen ihre Rechte entzogen.

Liebe Freunde, die Regierung hat anscheinend Angst vor uns. Wie sonst ist es zu erklären, dass weder eine Meinungsbildung zugelassen wurde, noch das Sozialverbände Zeit bekamen in der Anhörung am Montag im Bundestag zu den Gesetzesvorhaben Stellung zu beziehen. CDU und SPD haben erst Donnerstag vergangener Woche ihre Grausamkeiten vorgelegt und die Abgabefrist für die Anhörung



## Presseerklärung 17.02.2006

war nur einen Tag später. Dann werden die Verschlechterungen innerhalb einer Woche durchgepeitscht.

Das Resultat: Ihr kennt es alle. Massive **Einschränkungen** der Rechte von **jungen** Erwachsenen gekoppelt mit einer **Leistungsabsenkung** des ohnehin völlig unzureichenden Regelsatzes. Seid Euch sicher, dies war nur der erste Schritt und im nächsten Schritt wird dies auf alle Hartz-IV-Empfänger angewandt.

Liebe Freunde, was hier verabschiedet wurde, ist das begonnene Aushungerungs- und Verfolgungsprogramm von Arbeitslosen. Ein weiterer Schritt zur Totalentrechtung und Gefügigmachung, um die Profitgier der neoliberalen Kräfte in Europa zu befriedigen. Die absurden Argumente gegen die Streiks im öffentlichen Dienst, bei AEG, Gate Gourmet und anders wo zeigen welche wahren Absichten die herrschende Klasse und dessen Erfüllungsgehilfen haben. Deshalb möchte ich auch hier ein Grußwort an die Streikenden richten und ihnen für ihren Kampf danken. Haltet durch und zeigt es gemeinsam mit uns - den Sozialen Bewegungen - den Herrschenden.

Ich bin gebeten worden etwas über Hartz-IV und dessen schreckliche Realität zu sagen. Lassen Sie mich vorweg sagen: Hartz-IV muss weg ohne Wenn und Aber. Man kann daran nichts mehr verbessern sondern nur noch abschaffen. Es führt weder zu Arbeit, von der man leben kann noch hilft es Betroffenen. Es führt zu Armut, Gettoisierung, Zwangsmaßnahmen, soziale Kälte und Ausgrenzung. Hinzu kommen die Lügen und Beleidigungen von Wolfgang Clement und BILD - Zeitung, die tägliche Gängeleien und Drangsalierungen in den Behörden, Zwangsumzüge und die „Ein-Euro-Jobber-Haltung“ der Kommunen und vieler sozialen Einrichtung. Neuerdings werden auch schon Ein-Euro-Jobber als Streikbrecher eingesetzt. In Osnabrück wurde mit Polizeigewalt dafür gesorgt, dass Ein-Euro-Jobber die Müllwagen der streikenden Kollegen fahren. In Heidenheim kam ein Zwangsstreikbrecher bei seiner Tätigkeit in Straßenreinigung ums Leben, weil sein Gesundheitszustand die schwere Tätigkeit des Schneeräumens nicht verkraftete. Ganz unverhohlen räumt Andreas Stein, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbands Baden-Württemberg ein: „Wenn uns jemand gegen das Schienbein tritt, dürfen wir Schienbeinschützer anziehen“. Liebe Freunde, dies ist Sklavenhaltung in einem ganz perversen Ausmaß. Hier zeigt sich das wahre Gesicht der Raffkes. Sie nutzen die Situation der Hartz-IV Betroffenen schamlos aus, weil diese sofort mit Leistungskürzungen rechnen müssen, wenn sie sich gegen diesen glatten Rechtsbruch wehren. Arbeitslosen wird per se erstmal nicht geglaubt. Liebe Freunde sorgt bitte mit dafür, dass diese Sklavenhaltung sofort aufhört. Folgt dem Beispiel der Kölner Ein-Euro-Job-Spaziergänge und stellt die Träger öffentlich bloß. An die Gewerkschaften appelliere ich: Helft den Betroffenen und nicht nur Euren Mitgliedern. Wenn Ihr diesen Menschen helft, für ihre geleistete Arbeit Lohn



## Presseerklärung 17.02.2006

einzuklagen werden in Zukunft die Träger auf diese Form der Billigskräfte verzichten. 1 EUR Stundenlöhnen in anderen Bereichen sind sonst Tür und Tor geöffnet.

Liebe Freunde, bitte helft mit, dass 2006 ein Jahr des sozialen Widerstandes und des zivilen Ungehorsams wird. Mit der bundesweiten Großdemonstration am 5. November in Berlin hat es begonnen. Die Hafendarbeiter und die vielen Menschen, die gegen Bolkestein in Straßburg und Berlin demonstriert haben und die heutige Demonstration zeigen, dass wir uns in Deutschland und in Europa nicht das neoliberale Modell der hemmungslosen Profitmaximierung aufzwingen lassen. Wir wollen ein Europa und ein Deutschland indem die sozialen und kulturellen Werte Antriebskräfte der Gesellschaft sind. Deshalb unterstützt die Demos nächstes Wochenende in Berlin und in Frankfurt, kommt zur bundesweiten Großdemo am 3. Juni nach Berlin und zeigt während der Fußball-WM der Weltöffentlichkeit das andere Gesicht von Deutschland. Nutzt alle Möglichkeiten des zivilen Ungehorsams und helft mit, dass die große Koalition weiß, mit uns ist zu rechnen und es wird sehr ungemütlich für sie. Wir haben jetzt die Chance, also lasst sie uns nutzen. Wir lassen uns nicht mehr unterkriegen.

Köln, 18.02.2006